

SAUDI-ARABIEN, KATAR – UND DER FALL KHASHOGGI

Reinhard Schulze (FINO)

Es ist wohl kein Zufall, dass der saudi-arabische Journalist Jamal Khashoggi am 2. Oktober 2018 in Istanbul ermordet wurde. Die Ermordung Khashoggis und die Türkei als Alliiertes Katars sind nur zwei Puzzleteile im Transformationsprozesse, der Saudi-Arabien in eine tiefe Krise stürzen. Der Machtantritt Muhammad Bin Salmans als Kronprinz war der Ausdruck des Versuchs, dem Land den Weg in eine post-wahhabitische Ära und zugleich in ein Nach-Erdölzeitalter zu sichern. Um diese neue Ordnung, die als «Vision 2030» propagiert wird, abzusichern, agiert das Herrscherhaus brachial gegen seine innen- und aussenpolitischen Feinde. Dabei spielt die Gegnerschaft zu Katar eine wesentliche Rolle. Katars Versuch, den saudi-arabischen Hegemonieanspruch durch eine eigene Allianzpolitik zu durchbrechen, stört die saudi-arabischen Versuche, die Dynamik der Transformation so beherrschbar zu machen, dass sie das Regime der saudischen Familie nicht gefährdet.

1. Katars Versuch, sich der saudi-arabischen Hegemonie zu entziehen

Über die Natur des Konflikts zwischen dem Kleinstaat Katar und dem fast 24 Mal so grossen Saudi-Arabien ist viel geschrieben und gerätselt worden. Ein Blick zurück: Katar, 1971 als Emirat unabhängig geworden, war lange Zeit ein Land im Schatten seines grossen Nachbarn Saudi-Arabien. Als es 1971 unabhängig wurde, versuchte der neue Emir Khalifa Ibn Hamad Al Thani eine behutsame Loslösung aus der Umklammerung mit Saudi-Arabien. 1988 war es soweit: Katar nahm noch vor Abschluss des sowjetischen Abzugs aus Afghanistan diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf, zu einem Land, mit dem sich

Saudi-Arabien in einem Systemkonflikt wühlte und gegen das es in Afghanistan eine Art Proxi-Krieg geführt hatte.

Es blieb aber zunächst bei diesem ersten zaghaften Versuch, Souveränität zu demonstrieren. Erst als 1995 Hamad seinen Vater Khalifa als Emir stürzte, kam Schwung in die neue katarische Aussenpolitik: Abgestützt durch die finanzielle und technologische Unabhängigkeit, die die Erschliessung der Erdgasfelder vor Katars Küsten ermöglichte, demonstrierte der neue Emir die Unabhängigkeit des Landes: aussenpolitisch, indem es eine eigenständige Allianzpolitik vor allem mit der Türkei entfaltete, aber auch Handelsverträge mit Israel schloss; innenpolitisch, indem das Land

eine radikale Modernisierung der gesellschaftlichen Ordnung vorantrieb, die auch die Einführung des Frauenwahlrechts einschloss. Zugleich bot das Emirat den Muslimbrüdern ein Forum, wo sie relativ frei ihre islamische Politik entwerfen konnten, allerdings unter der Bedingung, auf jedwede Herrschaftsansprüche gegenüber dem Emirat zu verzichten und auch sonst putschistischen oder militanten Aktionen abzuschwören. Katar begleitete diesen Prozess mit einer diplomatischen Offensiv, die das Land als einen «fairen Makler» in der Region propagieren sollte. Katar sollte zu einem Verhandlungsort für alle Regionalkonflikte werden: So trafen tschetschenische Rebellen, Vertreter von Hamas, Taliban-Führer und andere militante Akteure im Land ein, um an Mediationsgesprächen teilzunehmen.

Saudi-Arabien, ganz darauf bedacht, die hegemoniale Ordnung zu bewahren und die bipolare Konfliktordnung mit Iran sicherzustellen, war mit dem Auftreten einer dritten Macht, die sich trotz ihrer kleinen Territorialherrschaft dank ihres Netzwerks als hegemoniale Macht verstand, keineswegs einverstanden und versuchte schon in den frühen 1990er Jahren, Katar in die Schranken zu weisen. Im Jahr 1992 wurden bei einem Zusammenstoss mit Saudi-Arabien entlang seiner umstrittenen Grenze zwei katarische Soldaten getötet. 1994 war es schon einmal der Jemen, der Ort eines Proxi-Kriegs zwischen Saudi-Arabien und Katar war. Als 1996 die Fürstenfamilie den arabischen Sender Al Jazeera gründete und ihn auch zum Forum reformierter Muslimbrüder machte, war für Saudi-Arabien der Augenblick gegeben, in Katar einen Rivalen zu sehen.

2. Katar als der lästige Floh im saudi-arabischen Pelz

Offenkundig wurde der Konflikt 2013, als Saudi-Arabien das ägyptische dabei Militär unterstützte, die Herrschaft der Muslimbrüder

in Ägypten zu beenden. Katar hatte die Regierung der Muslimbrüder nachhaltig zu stützen versucht, doch der Durchsetzungsmacht Saudi-Arabiens hatte das Land nichts entgegenzusetzen. Katar setzte nun ganz auf die Medien: Der katarische Sender Al Jazeera berichtete weiterhin ausführlich über die Entwicklung in Ägypten nach dem Putsch; als dann im Dezember 2013 die neue ägyptische Regierung die Muslimbrüder zur «Terrororganisation» erklärten, wurden die Al Jazeera-Korrespondenten Peter Gerste (Australier), Mohammed Fahmy (ägyptisch-kanadischer Doppelbürger) und Maher Muhammad (Ägypter) verhaftet und bis Februar 2015 gefangen gesetzt.

Im Mai 2015 folgte dann die zweite Phase des Konflikts, als Saudi-Arabien die Muslimbrüder, die ja schon 1947 durch den damaligen König Ibn Sa'ud verboten worden waren, ebenfalls zur Terrororganisation erklärte.¹ Damit wurde Katar, Heimstatt einer Vielzahl von exilierten Muslimbrüdern – so auch ihres heute fast 93-jährigen Vordenkers Yusuf al-Qaradawi – aus saudi-arabischer Sicht zum Paten von Terroristen. Für ein halbes Jahr herrschte diplomatisches Schweigen zwischen beiden Ländern, nachdem Saudi-Arabien (zusammen mit seinen Alliierten Bahrain und den Emiraten) seinen Botschafter aus Katar abberufen hatte. Allerdings konnte Katar damals dem saudi-arabischen Druck nicht immer ausweichen: So gab Katar 2014 nach und forderte mehrere Muslimbrüder auf, das Land zu verlassen. Sie konnten sich dann unbehelligt in der Türkei niederlassen.

In diese Phase fiel auch der Beginn der Intervention Saudi-Arabiens und seiner Alliierten in den Jemenkrieg: die Operation «Entscheidungssturm» (ab 26. März 2015) und «Erneuerte Hoffnung» (ab 22. April 2015); zugleich liess Saudi-Arabien erklären, Katar wäre ein Verbündeter Irans. Im November 2015 schien sich die Situation nochmals zu beruhigen. Doch wie schnell die Situation erneut eskalier-

ren konnte, zeigte die sogenannte «Jägerkrise»: Am 16. Dezember 2015 wurde nachts eine Gruppe von 28 katarischen Jägern, darunter Mitglieder des Herrscherhauses Al Thani, im irakischen Gouvernorat Muthanna unweit der Grenze zu Saudi-Arabien als Geiseln genommen. Geiselnnehmer war ein mehr als hundertköpfiges Kommando der irakisch-schiitischen Hizbollah-Brigaden, die mit ihrer Aktion die Aufhebung der Blockade zweier schiitischer Dörfer in Nordsyrien durch die «Freien der Levante» (Ahrar al-Sham) und die Nusra-Front (al-Qaida-Netzwerk) erreichen wollten. Die Verhandlungen um die Freilassung dauerten bis April 2017, als schliesslich die Evakuierung der schiitischen Dörfer (und im Gegenzug auch zwei sunnitische Dörfer) sowie Katars Zahlung eines Lösegelds in Höhe von 500 Mio. US-Dollar – andere Quellen sprechen von 900 Mio. – an schiitische Milizen in Irak und an die ultra-islamischen sunnitischen Milizen in Syrien vereinbart und abgeschlossen wurde. In diese Krise fiel dann noch die Verhaftung des Produzenten von Al Jazeera, Mahmoud Hussein, durch die ägyptische Polizei.²

Kaum war der Geiselnkonflikt beigelegt, unterzeichneten am 20. Mai 2017 der US-Präsident Donald Trump und der saudi-arabische König Salman Absichtserklärungen, demnach das Königreich gewillt sei, Waffen aus den Vereinigten Staaten in Höhe von 110 Milliarden US-Dollar sofort und 350 Milliarden US-Dollar über 10 Jahre zu kaufen. Beide Seiten feierten diese und andere Vereinbarungen als «deutliche Ausweitung» der «Sicherheitspartnerschaft». Iran, aber auch Katar waren gewarnt. Im selben Monat mehrten sich die Hinweise auf Cyberangriffe auf Einrichtungen der katarischen Medien (Hackerangriffe, Twitter-Trolls und -Bots etc.). Katar reagierte und liess Al Jazeera freie Hand bei der Publikation von gehackten Email-Nachrichten diplomatischer Kreise in den Emiraten, die die enge Zusammenarbeit zwischen den Emiraten, Saudi-Arabien und neokonservativen Kreisen in den

USA belegen sollten. Zwischen dem 5. und 6. Juni 2017 gaben Saudi-Arabien, die VAE, der Jemen, Ägypten, die Malediven und Bahrain jeweils separat bekannt, dass sie die diplomatischen Beziehungen zu Katar abbrechen. Der Boykott und die Blockade Katars sollten nach dem Ultimatum von 22. Juni 2017 erst dann aufgehoben werden, wenn Katar 13 Forderungen Saudi-Arabiens erfüllte. Dazu zählten:

- das Kappen aller Verbindungen zu Iran
- die Ausweisung sämtlicher in Katar ansässiger Mitglieder der Hamas und der Muslimbrüder
- die Schliessung des Nachrichten-Netzwerks Al Jazeera
- die Beendigung der «Einmischung» in die Angelegenheiten des Auslands
- die Einstellung jeglicher Finanzierung oder Unterstützung terroristischer Organisationen³

Katar reagierte seinerseits mit einer Medienkampagne gegen das saudi-arabische Königreich und die Emirate. Saudi-Arabien hingegen versuchte sich mit einer gesellschaftlichen Öffnungspolitik abzusichern und zugleich einen umfassenden ökonomischen Reformprozess einzuleiten. Dazu wurde die im April 2016 als «neue Ökonomie» verbreitete «Vision 2030» lanciert. Als der König Salman im Juni 2017 seinen Sohn Muhammad Bin Salman, einen Neffen des Staatsgründers Ibn Sa'ud, zum neuen Thronfolger ernannte, schien das etablierte System der Thronfolge ins Wanken zu geraten. Muhammad Bin Salman war damals mit 32 Jahren erheblich jünger als der spätere König Faysal, der 1958 erst im Alter von 52 Jahren Thronfolger wurde. Muhammad Bin Salman, ein Architekt der Militärintervention im Jemen, führte sich machtvoll ein: Am 4. November 2017 wurden mehr als zwei Dutzend Prinzen, ehemalige Minister und hohe Militärs im Fünfsterne-Hotel Ritz in Riyad unter Hausarrest gestellt. Zugleich wurden die Einrichtungen der wahhabistischen Gelehrten noch enger an den Staat

gebunden. Seit Februar 2018 können saudische Frauen nun ohne Erlaubnis eines Mannes ihr eigenes Unternehmen eröffnen, im März 2018 wurde ein Gesetz verabschiedet, das es saudischen Müttern erlaubt, das Sorgerecht für ihre Kinder nach der Scheidung zu behalten, ohne dafür eine besondere Klage einreichen zu müssen, im April 2018 durfte das erste öffentliche Kino in Saudi-Arabien nach einem Verbot von 35 Jahren öffnen. Bis zum Jahr 2030 sollen es 2000 Kinos sein! Und der Höhepunkt dieser Kampagne war das Dekret von König Salman im Juni 2018, das endlich Frauen erlaubte, Auto zu fahren.

3. Die doppelte Allianz der USA: Katar und Saudi-Arabien

Katar hat sich schon längst aus der Rolle eines lästigen Flohs verabschiedet. Seine relativ kleine Gebietsherrschaft (das Land ist doppelt so gross wie der Kanton Bern) gleicht es mit einem sehr dichten Kommunikationsnetzwerk aus, in das auch eine Vielzahl von ökonomischen Prozessen integriert ist. Katar, mehr transnational agierendes Wirtschaftsunternehmen als klassischer Nationalstaat, kann es so durchaus mit dem grossen Saudi-Arabien aufnehmen, zudem die Allianz mit starken Partnern wie der Türkei auch einen gewissen militärischen Schutz darstellt. Die 3'000 jüngst im Land stationierten türkischen Soldaten aber haben nicht nur symbolischen Wert. Schon im Dezember 2015 hatten sich die Türkei und Katar auf die Errichtung der ersten türkischen Militärbasis am Golf geeinigt. Die Stabilität wird auch durch den Luftwaffenstützpunkt al-'Udayd gewährleistet, der zwischen 1991 und 1996 auch für die US-Luftwaffe gebaut wurde. Neben katarischen und britischen Truppen sind dort auch etwa 11'000 amerikanische Soldaten stationiert. Etwa 60 % der Kosten werden von Katar beglichen, was deutlich macht, dass Katar die Basis auch als Teil des eigenen Verteidigungsbereichs

definiert hat. Die USA sind so auf beiden Seiten der Konfliktlinie militärisch engagiert. Dies bedeutet natürlich eine Sicherung der Position beider Konfliktparteien.

Für Saudi-Arabien ist es zur Tatsache geworden, dass sich durch die Allianzpolitik von Katar die bipolare Ordnung, auf der Saudi-Arabien seit den 1950er Jahren seine Regionalpolitik ausgerichtet hatte, eine Triangulierung der Hegemonieansprüche ergeben hat. Es verwundert daher nicht, dass Saudi-Arabien alles daransetzt, Katar als iranischen Verbündeten zu entlarven. Die Rechnung geht allerdings nicht auf. Zwar sind die Handelsbeziehungen zu Iran – neben denen zur Türkei – wichtig für die Bewältigung des Embargos, doch bleibt das Emirat Katar bislang politisch auf Distanz zu Iran. Im Jemen-Krieg betont Katar seine Neutralität und folgt hierbei der Haltung der Partei der jemenitischen Muslimbrüder, die ihrerseits von den Vereinigten Arabischen Emiraten im Oktober 2015 als Terroristen bezeichnet worden waren. Saudi-Arabien hingegen versuchte lange Zeit, sich die jemenitischen Muslimbrüder und die mit ihnen verbündeten konservativen Stammeskonföderation (v.a. die Al Ahmar) als potentielle Bündnispartner zu bewahren.

4. Saudi-Arabien auf dem Weg zu einer post-wahhabitischen Ordnung

Der Konflikt zwischen Katar und Saudi-Arabien kann so nicht auf einen innerislamischen Hegemoniekonflikt reduziert werden. Gewiss helfen die Allianzen mit islamischen Akteuren, den Konflikt zu ordnen. Doch folgt man der anti-saudi-arabischen Propaganda Katars, dann geht der Konflikt sogar zurück bis auf die Zeit der saudiarabischen Staatsgründung: nach Lesung Katars wurde Saudi-Arabien zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Briten als Bollwerk gegen das Osmanische Reich gegründet, und bis heute habe sich eine tiefsitzende anti-türkische Einstellung Saudi-Arabiens bewahrt. Katars Beziehungen zur

Türkei vertieften sich, seitdem die AKP die türkische Regierung führte (Regierungen von Abdullah Gül, Recep Tayyip Erdoğan, Ahmet Davutoğlu und Binali Yıldırım). Militär- und Handelsabkommen profilierten eine enge Partnerschaft, die allerdings nicht immer nur harmonisch war. Das Embargo gegen Katar und die Währungskrise in der Türkei aber verstärkten die bilaterale Zusammenarbeit, so dass heute von einer weitgehend ähnlichen Interessenslage gesprochen werden kann.

Während so Katar seinen Ort in der Krise stabilisieren konnte, schlidderte Saudi-Arabien in eine schwere Krise, die sogar die das Land tragenden Strukturen berührte. Es gab nicht einen bestimmten Auslöser der Krise, vielmehr ist sie der Kulminationspunkt eines schon in den 1990er Jahren einsetzenden Verlust an sozialer Kohäsion. Die noch von den puritanischen wahhabitischen Unitariern gewährleistete islamische Normenordnung, die zugleich das Wertesystem der saudischen Untertanengemeinschaft sicherstellte, wurde brüchig, da sie den sozialen Wandel, die demographischen Prozesse der «Verjüngung» der Gesellschaft, die Auswirkungen ökonomischer und medialer Globalisierung kaum noch bewältigen konnte. Im Land bildeten sich mehrere gesellschaftliche Pole, die nun dem alten Regime der knapp 9'000 Prinzen gegenüberstanden. Den ersten Pol bildeten wahhabitische Dissidenten, die sich mehr und mehr ultraislamischen Positionen annäherten und die die Schutz- und Trutz-Gemeinschaft mit dem saudischen Regime aufkündigen wollten. Diese staatskritischen Wahhabiten hatten einen beträchtlichen Einfluss in der Öffentlichkeit. Manche Prediger allerdings mussten nach 2005 das Land verlassen. Zu ihnen gehörte zum Beispiel der spätere «Richter» in Syrien al-Muhaysini, der dann eine Allianz ultraislamischer Bünde in Syrien zu schmieden versuchte. Andere wurden immer wieder verhaftet, im Juli 2018 waren die meisten prominenten Vertreter dieser Tradition wie Safar al-Hawali und Salman al-ʿAwda in Haft. Es ist

allerdings schwer abzuschätzen, wie weit der Einfluss der staatskritischen Wahhabiten in die Gesellschaft reicht. Diametral ihnen gegenüberstehen als zweiter Pol Verfechter einer neuen islamischen Bürgerlichkeit, die unverhohlen gewisse Sympathien zu den Muslimbrüdern aufweist. Sie fordern eine angemessene Repräsentation und Partizipation in den politischen Prozessen im Land und pochen darauf, gleichberechtigt mit den Prinzen um öffentliche Ämter konkurrieren zu dürfen. Viele Journalisten fühlen sich mit diesem Trend verbunden, der allerdings nicht auf einen Sturz des Regimes ausgerichtet ist. Den dritten Pol bildet eine kleine kulturelle Avantgarde, deren Symbol die Geschwister Ra'if und Samar Badawi sind. Beide sind zurzeit in Haft, Ra'if seit 2012, Samar erneut seit 2018. Ihre Verhaftung hatte eine Krise mit Kanada hervorgerufen, da die kanadische Aussenministerin Chrystia Freeland dies mit scharfen Worten kritisiert hatte. Diese Avantgarde versteht sich explizit als «liberale Opposition» und sieht den Liberalismus als eine geeignete Ordnung, den Staat von jedweder Einmischung in religiöse Angelegenheiten freizuhalten und gleichzeitig die Religionsgemeinschaften vor staatlicher Bevormundung zu schützen. Den vierten Pol bildet eine vermögende Schicht von Konsumentinnen und Konsumenten, die vom Staat eine Liberalisierung der gesellschaftlichen Ordnung einfordern, um möglichst grosse Freiräume für die Lebensführung zu haben. Diese Schicht war es, die König Salman und seinen Sohn Prinz Muhammad durch jene Reformen zu gewinnen versuchten, die Frauen gewisse Rechte (Vertragsfähigkeit, Autofahren etc.) und den Konsumenten neue Möglichkeiten im Land (Kino, Musik, Theater etc.) gewährleisteten.

Die Prinzen stehen diesen Polen aber nicht mehr geschlossen gegenüber. Manche zeigen unverhohlen ihre Sympathie für die neue islamische Bürgerlichkeit im Land, andere fordern Nachsicht gegenüber den ultraislamischen Unitariern, die als staatskritische Wahhabiten

agieren. Wieder andere fordern eine Stabilisierung der Herrschaft der Sa'ud durch eine Allianz mit der neuen, kaufkraftstarken Konsumentenschicht. Federführend ist hier bislang der Kronprinz Muhammad Bin Salman. Allerdings ist seine Entourage keineswegs zimperlich in der Wahl der Mittel, um liberal gesonnene Vertreter der neuen Bürgerlichkeit zum Schweigen zu bringen: Jüngster Schlag richtete sich gegen den streitbaren Journalisten Jamal Khashoggi (Ġamāl Ḥāšūqġī), der am 2. Oktober 2018 in Istanbul von einem Kommando wohl unter der Leitung des königlichen Beraters Sa'ud al-Qahtani und dem stellvertretenden Chef des Geheimdiensts 'General Intelligence Directorate' Ahmad al-'Asiri, der in letzter Instanz dem König untersteht, umgebracht wurde. Al-Qahtani ist ein typischer Vertreter der radikalen Königstreuen. Er verteidigte das Regime, das ihn nun entlassen hat, durch eine Propagandaoffensive in den sozialen Netzwerken, die sich gegen jegliche angeblichen «Feinde» des Königsreiches richtete. Khashoggi, der eher als konstruktiver, liberaler Kritiker des saudischen Regimes wirkte, war wegen seiner Publizität ein symbolträchtiger Gegner und eine potentielle Identifikationsfigur der liberalen Opposition. Das Regime geht somit nun gegen alle Pole der Opposition vor: Khashoggi stellvertretend für die neue liberale, islamische Bürgerlichkeit, die Geschwister Badawi und ihr Anwalt Walid Abu I-Khayr stellvertretend für die junge liberale, staatskritische Avantgarde und die beiden Prediger Salman al-'Awda und Safar al-Hawali stellvertretend für die ultraslamischen Unitarier. Die Aktion gegen angebliche korrupte Staatsdiener im November 2017 beweist, dass sich König Salman und sein Sohn nicht mehr vollumfänglich auf die Fürstenfamilie verlassen kann. Die Ermordung Khashoggi wird so zum Glied in einer Kette von Massnahmen, die die neue Allianzpolitik des Regimes absichern sollen. Offen bleibt, wie sich diese Massnahmen mit den Interessen der die

Ordnung prägenden Stammesbünde vertragen.

Muhammad Bin Salmans propagierte «Vision 2030» kann so gelesen werden als der Versuch, das Königreich auf eine Zukunft vorzubereiten, die nicht nur das Nach-Erdölzeitalter einläutet, sondern auch eine post-wahhabitische religiöse Ordnung umfasst. Letzteres verlangt im Kern die Aufkündigung des alten Pakts zwischen wahhabitischem Establishment und saudischer Fürstenfamilie. Dieser Pakt hatte eine duale Herrschaftsordnung geschaffen, durch die den wahhabitischen Gelehrten die Normenkontrolle über die Bevölkerung und der Fürstenfamilie die Herrschaft zugewiesen wurde. Der Pakt wird nicht schlagartig aufgekündigt, sondern schleichend.

5. Bleibt Muhammad Bin Salman der Kronprinz?

So munkeln manche, dass die Tage von Muhammad Bin Salman als Kronprinz gezählt seien. Namen potentieller Nachfolger werden gehandelt, doch ob es tatsächlich zu einer kleinen Palastrevolution kommen wird, ist dahingestellt. Mag sein, dass wie schon 1961, als sich Faysal Bin Abdal'aziz gegen König Sa'ud durchsetzen konnte, ein bislang im Schatten stehender Prinz die Gunst der Stunde nutzen wird und im Einverständnis mit dem König oder zumindest des Kronrats Muhammad Bin Salman ins Exil schicken wird. Die Fürstenfamilie wird abwägen: Kronprinz Muhammad an die Kandare nehmen und teilweise entmachten, indem ihm neue «Berater» beziehungsweise Aufpasser zur Seite gestellt werden und dadurch den Anschein politischer Kontinuität wahren; oder den Schnitt wagen und den Kronprinz ins Exil schicken, um die moralische Integrität des Herrscherhauses zu wahren.

Für Katar bedeutet die Krise im Hause Sa'ud eine willkommene Gelegenheit, sein Renommee als Mittelpunkt einer liberalen arabischen

und islamischen Ordnung aufzupolieren. Obwohl in Katar das offizielle islamische Gelehrtentum genauso wahhabitisch und hanbalitisch ist wie in Saudi-Arabien, ähnelte, so wurde damals festgestellt, Katar sehr viel mehr der säkularen Türkei als seinem wahhabitischen Nachbarn. Die Allianz mit den Muslimbrüdern hat nicht zu einer politischen Islamisierung Katars geführt, und anders als in Kuwait gibt es in Katar keine politische Repräsentation der Muslimbrüder im System. Die

Muslimbrüder sind einer staatlichen Ordnungspolitik unterstellt, die sicherstellt, dass sie keine Machtansprüche im Emirat stellen. Die zahlreichen Ausbildungsinstitutionen im Land sowie der Sender Al Jazeera «zählen» in gewisser Hinsicht die machtpolitischen Aktivitäten der Muslimbrüder und machen sie – wie in der Türkei – zu Partnern einer neoliberalen Herrschaftspolitik.

¹ <https://www.foreignaffairs.com/articles/katar/2014-03-17/islamist-outlaws> (27.10.2018)

² Mitte Oktober 2018 wurde seine Untersuchungshaft zum 17. Mal verlängert.

<https://www.aljazeera.com/news/2018/10/mahmoud-hussein-sentence-renewed-17th-time-181012075336817.html>.

³ Patrick Wintour, «Qatar given 10 days to meet 13 sweeping demands by Saudi Arabia», in: The Guardian 23. Juni 2017.